

DAS GROSSE GESCHÄFT MIT DER BILDUNG

Hochwertige Bildung ist ein fundamentales Menschenrecht, das nicht von Machtinteressen missbraucht werden sollte. Ein Blick hinter die Kulissen der weltweit wachsenden Bildungsindustrie.

Privatisierung von Bildung und soziale Ungleichheit: Niedrigpreis-Privatschulen im globalen Kontext



Foto: Elise

Gaumie

Einleitung

Die zunehmende Privatisierung von Bildung stellt eine zentrale Herausforderung für gegenwärtige Bildungs- und Entwicklungspolitik dar. Während private Bildungsangebote in vielen Ländern als Reaktion auf

unzureichende staatliche Versorgungskapazitäten entstanden sind, werfen sie zugleich grundlegende Fragen nach sozialer Gerechtigkeit, Bildungsqualität und staatlicher Verantwortung auf. Besonders sogenannte Niedrigpreis-Privatschulen, die sich explizit an einkommensschwache Bevölkerungsgruppen richten, stehen dabei im Spannungsfeld zwischen erweitertem Bildungszugang und der Gefahr einer weiteren Ökonomisierung des Menschenrechts auf Bildung.

Bildung als Menschenrecht und Gegenstand ökonomischer Interessen

Der häufig zitierte Ausspruch „Wissen ist Macht“ verweist auf die gesellschaftliche Bedeutung von Bildung. Bildung sollte jedoch nicht primär unter macht- oder marktbezogenen Gesichtspunkten betrachtet werden, sondern als grundlegendes Menschenrecht, das allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein muss. Vor diesem Hintergrund ist die zunehmende Kommerzialisierung von Bildungssystemen problematisch, insbesondere wenn Bildungsangebote verstärkt durch große Bildungsunternehmen und international agierende Investoren geprägt werden.

Das Beispiel der Niedrigpreis-Privatschulen verdeutlicht, wie das Menschenrecht auf Bildung unter Druck geraten kann, wenn schulische Versorgung zunehmend nach marktwirtschaftlichen und renditeorientierten Kriterien organisiert wird. Besonders sichtbar wird dies in Kontexten, in denen einkommensschwache Familien zwar formalen Zugang zu Schulen erhalten, dafür jedoch finanzielle Belastungen, eine teils unsichere Bildungsqualität sowie eine Schwächung staatlicher Bildungsverantwortung hinnehmen müssen.

Seit den 1980er-Jahren entstanden im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit vor allem in afrikanischen Staaten sogenannte „*Low-Fee Private Schools*“, also Privatschulen mit geringem Schulgeld. Diese Einrichtungen entwickelten sich insbesondere dort, wo Staaten ihrer Bildungsverantwortung nur unzureichend nachkommen konnten. Sie richten sich an einkommensschwache, zugleich aber bildungsorientierte Bevölkerungsgruppen, von denen lediglich begrenzte finanzielle Beiträge erhoben werden können. Die Ausweitung privat finanzierter Schulen mit niedrigem Schulgeld eröffnete zunächst gewisse Zugangschancen, erwies sich jedoch rasch als mit erheblichen strukturellen Problemen verbunden.

Diese Schulen ermöglichen zwar zahlreichen Kindern und Jugendlichen einen Schulbesuch, die andernfalls möglicherweise keinen Schulplatz erhalten würden. Gleichzeitig erfordern sie selbst bei vergleichsweise niedrigem Schulgeld von armen Familien finanzielle Aufwendungen, die gemessen am gesamten Haushaltsbudget erheblich sein können und andere notwendige Ausgaben verdrängen.

Zentrale Herausforderungen dieser Schulen liegen häufig in ihrer unsicheren Finanzierung. Diese führt nicht selten zu niedrigen Gehältern für Lehrkräfte und begünstigt dadurch die Beschäftigung unzureichend ausgebildeten Personals. In der Folge ist die Bildungsqualität nicht immer gesichert; zudem unterliegen solche Einrichtungen vielfach keiner ausreichenden staatlichen Schulaufsicht. Nur wenige große Träger, etwa kirchliche Einrichtungen, verfügen über die Ressourcen, eine eigene Qualitätssicherung sowie die Ausbildung von Lehrkräften zu gewährleisten.

Entstehung und Problemlagen von Niedrigpreis-Privatschulen

Kommerzialisierung des indischen Bildungssektors

Die anfänglich erkennbaren positiven Ansätze dieser Privatschulmodelle sind inzwischen vielfach in den Hintergrund getreten. Stattdessen hat sich eine großformatig organisierte Form kommerzieller Privatschulen etabliert, die zwar mit leistbaren Angeboten wirbt, jedoch weiterhin zahlreiche der zuvor beschriebenen problematischen Begleiterscheinungen aufweist.

Eine unabhängige Untersuchung der Bildungsinternationale zur Privatisierung des Schulwesens in Indien macht deutlich, dass globale Akteure der Bildungsindustrie zunehmend Investitionsmöglichkeiten im indischen Bildungssektor identifizieren. Im Zentrum stehen dabei sogenannte „*private schools for the poor*“, die als kommerzielle Bildungsangebote für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen konzipiert sind. Obwohl ein großer Teil der Bevölkerung mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen muss, wird dieses Marktsegment aufgrund seiner Größe von privaten Investoren als strategisch bedeutsam eingeschätzt.

Durch diese fortschreitende Privatisierung gerät das in Indien gesetzlich verankerte Recht auf Bildung faktisch unter zusätzlichen Druck. Wenn

einkommensschwache Familien den Zugang zu schulischer Bildung zunehmend über Gebühren mitfinanzieren müssen, können bestehende soziale Ungleichheiten weiter verstärkt und strukturelle Defizite des Bildungssystems vertieft werden.

Die Bildungsinternationale setzt sich seit ihrer Gründung für qualitativ hochwertige Bildung als unveräußerliches Menschenrecht ein. Vor diesem Hintergrund beobachtet sie die globale Entwicklung mit Sorge, in der Bildung zunehmend als profitträchtiger Markt verstanden wird und private Anbieter neue Schulmodelle insbesondere für Schülerinnen und Schüler aus einkommensschwachen sozialen Gruppen entwickeln.

Niedrigpreis-Privatschulen als bildungspolitisches Spannungsfeld

Unter den verschiedenen Privatschulmodellen stehen insbesondere Niedrigpreis-Privatschulen im Fokus internationaler Investoren. Sie werden häufig als sogenannte „*leistbare Privatschulen*“ oder „*affordable-fee private schools*“ bezeichnet und richten sich explizit an einkommensschwache Familien.

Die Untersuchung der Bildungsinternationale „Profiting from the Poor: The Emergence of Multinational Edu-Businesses in Hyderabad, India“ zeigt, dass das Privatschulwesen in Hyderabad stark expandiert. Zu den zentralen Akteuren internationaler Investoren und privater Beteiligungsfonds zählt unter anderem Pearson PLC, ein britisch-multinationaler Medienkonzern mit Sitz in London. Das Unternehmen gehört zu den bedeutendsten Akteuren im Bildungsbereich und zählt zu den umsatzstärksten Verlagsgruppen weltweit, mit Schwerpunkten unter anderem in Großbritannien, Indien, Australien, Neuseeland, Kanada und den USA. Der Börsengang erfolgte 1968; im Jahr 2010 erzielte das Unternehmen mit rund 37.000 Beschäftigten einen Umsatz von etwa 8,4 Milliarden US-Dollar. Die Vorstandsleiterin des Pearson Affordable Learning Fund, Katelyn Donnelly, formulierte die strategische Bedeutung Indiens mit den Worten: „*Indien ist der erste Markt, bevor wir in andere Märkte expandieren.*“

Investitionslogiken und globale Marktstrategien im Bildungsbereich

Aus globaler Perspektive erscheint Europa im Bereich privater Bildungsinvestitionen gegenwärtig eher als strategischer Nebenschauplatz. Der Schwerpunkt entsprechender Investitionen liegt vor allem auf den

Märkten Asiens und Afrikas. Dort ist die durchschnittliche Kaufkraft zwar geringer, doch gelten diese Regionen aus Sicht renditeorientierter Anbieter aufgrund ihrer Bevölkerungsgröße als besonders attraktiv. Sie fungieren damit als Erprobungsräume für Geschäftsmodelle, deren Auswirkungen potenziell auch andere Bildungssysteme betreffen können.

Neben Pearson PLC ist in Indien auch die US-amerikanische Investmentfirma Gray Ghost Ventures aktiv. Das Unternehmen ist seit 2003 im Investmentsektor tätig und investiert in nachhaltige, marktorientierte Projekte. Seine Investitionsstrategie richtet sich auf aufstrebende Zukunftsmärkte, in denen selbst Bevölkerungsgruppen mit geringen Einkommen aus Sicht privater Kapitalgeber wirtschaftlich relevante Renditepotenziale eröffnen.

Auch private Stiftungen, etwa jene von Bill und Melinda Gates sowie von Michael und Susan Dell, beteiligen sich an diesem Bildungsmarkt durch die Unterstützung marktorientierter „*Low-Fee Schools*“. Sie stellen Schuleigentümern und Trägern unter anderem Anschubfinanzierungen und Kredite zur Verfügung, um Franchise- und weitere Geschäftsmodelle zu etablieren, mit denen kostenpflichtige Bildungsangebote für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen verbreitet werden sollen.

Die Folgen einer umfassenden Marktlogik im Bildungsbereich lassen sich beispielhaft am indischen Kontext beobachten. Die Regierung von Andhra Pradesh übertrug jüngst dem privaten Bildungsunternehmen „Bridge International Academies“ die Leitung aller staatlichen Grundschulen sowie der Einrichtungen frühkindlicher Bildung. Das Unternehmen, das unter anderem von Pearson PLC, den Milliardären Gates und Zuckerberg, DFID-UK und der Weltbank unterstützt wird, stand bereits mehrfach international in der Kritik, insbesondere wegen umstrittener Geschäftspraktiken und des Einsatzes unzureichend qualifizierten Lehrpersonals in Uganda und Kenia.

In privaten Schulsystemen in mehreren afrikanischen Kontexten wurden nicht nur niedrig entlohnte Lehrkräfte eingesetzt; zudem kamen beispielsweise standardisierte Unterrichtsmodelle auf Basis digitaler Endgeräte wie Android-Mobiltelefone zum Einsatz. Der UN-Sonderberichterstatter Kishore Singh kritisierte solche „Partnerschaften“ deutlich: „*Diese ungeheuerliche Vorgangsweise verstößt eklatant gegen die rechtlichen und moralischen Verpflichtungen dieser Staaten, deren*

Kernaufgabe es ist, öffentliche Bildungseinrichtungen guter Qualität anzubieten. Diese Funktion zugunsten kommerzieller Interessen privater Unternehmer aufzugeben, stellt eine unverantwortliche Verletzung des Rechts auf Bildung dar.“

Fazit

Dies zeigt, dass Niedrigpreis-Privatschulen nicht ausschließlich als pragmatische Antwort auf Defizite staatlicher Bildungssysteme verstanden werden können. Zwar eröffnen sie in bestimmten Kontexten zusätzliche Zugangsmöglichkeiten zu schulischer Bildung, zugleich verlagern sie jedoch finanzielle Verantwortung auf einkommensschwache Familien und können bestehende soziale Ungleichheiten verstärken. Besonders problematisch ist dies dort, wo Bildungsqualität, Lehrkräftequalifikation und staatliche Aufsicht nicht ausreichend gesichert sind.

Vor dem Hintergrund internationaler Investitionsinteressen wird deutlich, dass Bildung zunehmend als ökonomisch verwertbarer Markt betrachtet wird. Dies steht in einem Spannungsverhältnis zum menschenrechtlichen Anspruch auf gleiche, qualitativ hochwertige und öffentlich verantwortete Bildung. Die Beispiele aus Indien sowie aus afrikanischen Kontexten verweisen darauf, dass marktorientierte Bildungsmodelle insbesondere dann kritisch zu bewerten sind, wenn sie staatliche Verantwortung ersetzen statt ergänzen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Sicherung des Rechts auf Bildung nicht allein durch die Ausweitung privater Angebote gewährleistet werden kann. Notwendig sind vielmehr starke öffentliche Bildungssysteme, verbindliche Qualitätsstandards und eine politische Rahmensetzung, die Bildung vorrangig als öffentliches Gut und nicht als Investitionsfeld privater Renditeinteressen versteht.



Kinder der vom Autor geförderten Quaina-Schule in Namibia